

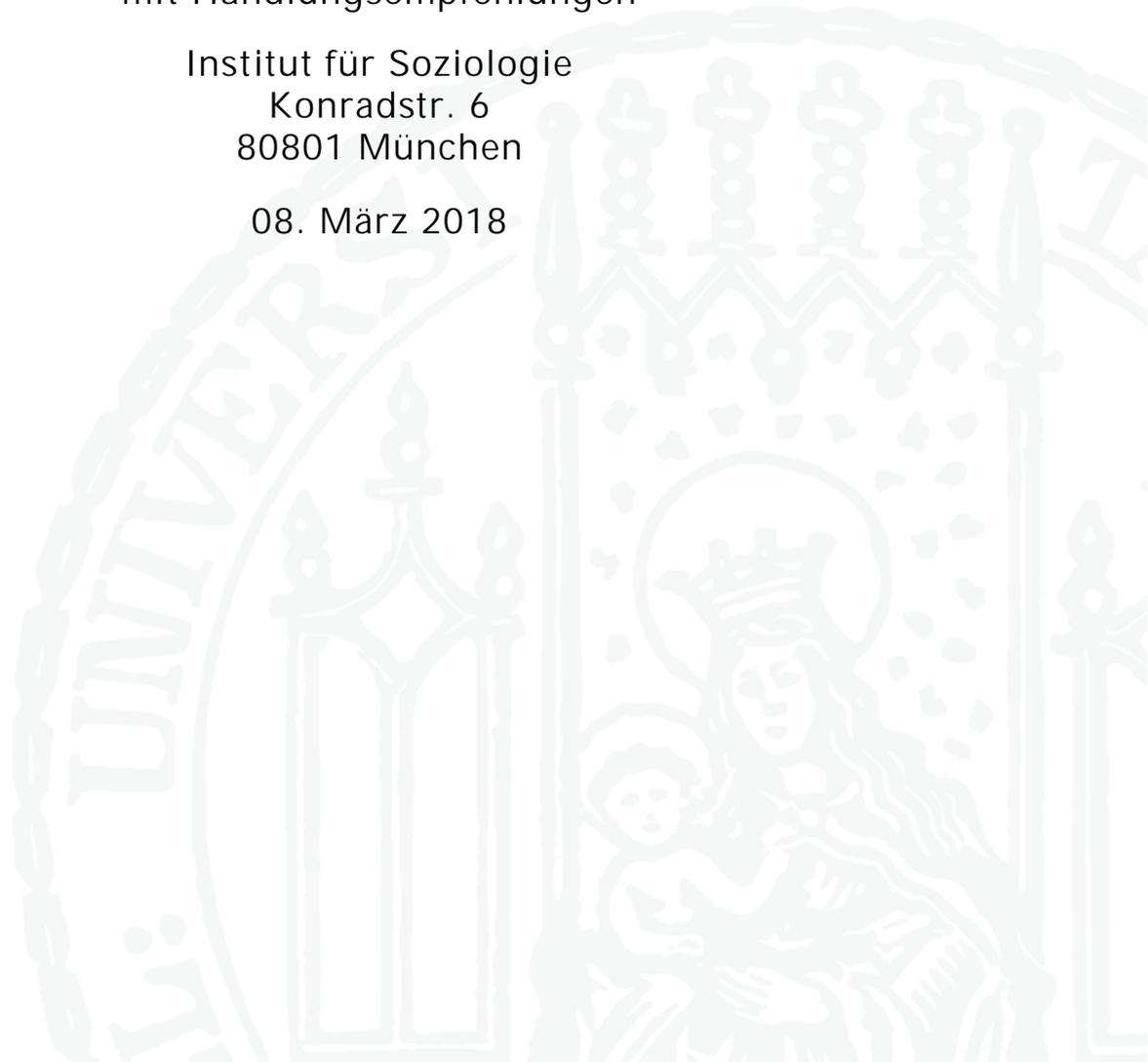
Werner Fröhlich

Nachwahlbefragung von Münchner Bürger*innen zur Bundestagswahl 2017

Kurzfassung zum
Forschungsbericht des Instituts für Soziologie
der Ludwig-Maximilians-Universität München
mit Handlungsempfehlungen

Institut für Soziologie
Konradstr. 6
80801 München

08. März 2018



Die Studie wurde von folgender Institution finanziert:



Landeshauptstadt München
Fachstelle für Demokratie

Die inhaltliche Verantwortung liegt alleine beim Institut für Soziologie der LMU.

Inhaltsverzeichnis

1	Hintergrund der Studie.....	4
2	Wichtige Ergebnisse der Untersuchung.....	6
2.1	Nichtwähler*innen und Gründe für die Nichtwahlentscheidung	6
2.2	Demografische Struktur der Nichtwähler*innen	6
2.3	Sozio-ökonomische Struktur der Nichtwähler*innen	7
2.4	Sozialstrukturelle Merkmale der Nichtwähler*innen	8
2.5	Nichtwähler*innen und politische Einstellungskonstellationen	8
2.6	Überprüfung der Zusammenhänge im Gesamtmodell.....	10
2.7	Welche Themen interessieren welche Typen von Nichtwähler*innen und Wähler*innen.....	10
2.7.1	Wichtige Ziele der Münchner Kommunalpolitik.....	10
2.7.2	Münchens größte Probleme	12
2.7.3	Kommunalpolitisch vernachlässigte Themenbereiche	14
2.8	Mobilisierung von Nichtwähler*innen	15
2.9	Informationsquellen zum kommunalpolitischen Geschehen	18
3	Handlungsempfehlungen	20
3.1	Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse und erster Ansatzpunkte	20
3.2	Konkrete Handlungsempfehlungen	21
3.2.1	Präsenz der Kommunalpolitiker*innen in den Stadtvierteln: Bürger*innen-Fragestunden.....	22
3.2.2	Aufklärung: „Meine Stimme zählt!“	24
3.2.3	Information: „München wählt!“	25
4	Literaturverzeichnis	28

1 Hintergrund der Studie

Gegenstand der vorliegenden Studie ist eine Nachwahlbefragung zur Bundestagswahl 2017 in München, in der sowohl Wähler*innen als auch Nichtwähler*innen befragt wurden¹. Der Fokus der Untersuchung lag einerseits darauf, Unterschiede z.B. hinsichtlich der Einstellungen zu bestimmten politischen Themen zwischen Wähler*innen und Nichtwähler*innen zu identifizieren. Andererseits sollte analysiert werden, welche Bedingungen dazu beitragen können, Nichtwähler*innen zur Teilnahme an der Wahl zu motivieren. Die Untersuchung knüpft an eine Reihe von Nichtwähler*innenstudien an und greift deren Fragestellungen zum Teil auf.

In der Regel werden bei Nichtwähler*innenstudien drei theoretische Ansätze zur Erklärung des Wahlverhaltens herangezogen: Der rationalistische Ansatz, der sozialpsychologische Ansatz und soziologische Ansätze (Cabarello, 2014; Evans, 2004; Roth, 2008). Für die vorliegende Untersuchung finden vorrangig die letzten beiden Ansätze Berücksichtigung. Der sozialpsychologische Ansatz ist dabei von besonderer Relevanz, weil ihm die „fundamental equation of political behavior“ (Aldrich/Simon, 1986: 272) zugrunde liegt. Danach bestimmen Einstellungen das Wahlverhalten, wobei sowohl kurzfristig variable Einstellungen zu bestimmten politischen Themen als auch langfristig stabile Einstellungskonstrukte (wie z.B. die Akzeptanz der Wahlnorm, Formen der politischen Zufriedenheit usw.) zur Erklärung von Wahlbeteiligung herangezogen werden². Soziologische Ansätze nehmen die Zusammenhänge von sozialstrukturellen Merkmalen mit dem Wahlverhalten in den Blick, und zwar sowohl auf mikrosoziologischer (Umfragen, individuelle Eigenschaften, Kompetenzen und Ressourcen) als auch auf makrosoziologischer (Aggregatdaten, Sozialstruktur) Ebene (Brady/Verba/Schlozman, 1995; Faas/ Rattinger, 2003; Schäfer/Vehrkamp/Gagné, 2013; Schoen, 2014b; Schoen/Weins, 2014; Vehrkamp, 2015; Vetter/Remmer-Bollow, 2017)³.

¹ Ich danke allen Personen, die an der Durchführung des Projekts mitgewirkt haben. Insbesondere ist meinen Kollegen Christian Ganser und Maximilian Sonnauer für konstruktive Kritik sowie wertvolle Rückmeldungen und Hinweise zu danken.

² In unseren Regressionsmodellen berücksichtigen wir die Wahlnorm nicht, da sie aus unserer Sicht zur Erklärung der Wahlbeteiligung inhaltlich problematisch ist. Sie hat in der Regel und gerade deshalb einen bedeutenden Einfluss auf die positive Wahlentscheidung, weil sie eine dieser Entscheidung unmittelbar vorausgehende Disposition darstellt. Infolgedessen weist sie große Überschneidungen mit der im Mittelpunkt stehenden Beteiligungsbereitschaft auf (Rattinger/Krämer, 1995: 284).

³ Wichtig sind in diesem Zusammenhang zwei klassische Studien: Der mikrosoziologische Ansatz, der die soziale Position mit dem Wahlverhalten über ein Interaktionsmodell verbindet (Berelson/Lazarsfeld/McPhee, 1954) und der makrosoziologische Ansatz, der die Sozialstruktur mit dem Wahlverhalten von Großgruppen verbindet. Wichtig in diesem Zusammenhang sind dabei die sog. „Cleavages“ (Lipset/Rokkan, 1967). Darüber hinaus verweisen auch Elff und Roßteutscher (2016) auf zwei besonders relevante Konfliktlinien, nämlich „die sozio-ökonomische und die religiöse, die für die Entstehung moderner Parteiensysteme in fast allen Ländern Europas konstitutiv waren.“ (Elff/Roßteutscher, 2016: 45).

Hinsichtlich möglicher Unterschiede zwischen Wähler*innen und Nichtwähler*innen stehen Merkmale des sozio-ökonomischen Status (Bildung, berufliche Stellung, Einkommen) sowie Einstellungen zu bundespolitischen und insbesondere stadt-spezifischen Themenbereichen im Mittelpunkt. Der erste Punkt greift die Fragestellung auf, ob bestimmte, Personengruppen eher zu Nichtwahl neigen. Der zweite Aspekt beschäftigt sich mit der Frage, ob spezifische Themenbereiche motivational zu einer Wahlbeteiligung beitragen oder nicht.

Für die Untersuchung wurden im Anschluss an die Bundestagswahl am 24.09.2017 zwischen Mitte Oktober und Ende November 2017 Daten erhoben. Grundgesamtheit waren alle Wahlberechtigten mit Erstwohnsitz in München. Für die Erhebung wurde von der Landeshauptstadt München eine Einwohnermeldestichprobe generiert, in welcher Münchnerinnen und Münchner aus Stadtbezirken mit höherer Nichtwähler*innenbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl 2013 überproportional gezogen wurden. Dadurch ergaben sich bezüglich der Ausschöpfung von Nichtwähler*innen durchaus Probleme, da auch in Stadtbezirken, in denen die Wahlbeteiligung insgesamt niedrig war, die Wahlbeteiligungsquoten in den Wahlbezirken innerhalb dieser Stadtbezirke sehr stark streuen.

An alle 4.000 zufällig gezogenen Münchnerinnen und Münchner wurde am 16.10.2017 der Fragebogen mit einem Anschreiben, einem Informationsfaltblatt und einem freigemachten Rückumschlag versandt. Die Laufzeit der Hauptbefragung wurde auf drei Wochen veranschlagt und dauerte bis 03.11.2017. An alle Personen, die sich in der Stichprobe befanden, wurde nach zwei Wochen Befragungslaufzeit eine Erinnerungspostkarte mit der nochmaligen Bitte um Beteiligung versendet. Gleichzeitig wurde angeboten, per Telefon oder E-Mail die erneute Zusendung eines Fragebogens anzufordern. Mit der Erinnerungsaktion erfolgte eine Verlängerung der Feldphase bis 20.11.2017, an dem die Befragung endgültig abgeschlossen wurde. An der Nachwahlbefragung haben sich schließlich 998 Wahlberechtigte beteiligt.

2 Wichtige Ergebnisse der Untersuchung

Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung überblicksartig zusammengefasst. Für eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse möchten wir an dieser Stelle auf den Langbericht der Untersuchung verweisen.

2.1 Nichtwähler*innen und Gründe für die Nichtwahlentscheidung

Der Anteil der Nichtwähler*innen in der realisierten Stichprobe beträgt 11,1%, das heißt, dass Nichtwähler*innen deutlich unterrepräsentiert sind. Dies ist zum Teil sicher auf die Art der Stichprobenziehung nach Stadt- und nicht Wahlbezirken zurückzuführen. Das vorgesehene „Oversampeln“ war aufgrund der großen Schwankungsbreite der Wahlbeteiligung in den Stadtbezirken wohl nicht in dem Ausmaß erfolgreich.

Bei der Entscheidung, nicht zu wählen, stehen drei Motive im Vordergrund: Der Vertrauensverlust in Politiker*innen (35%), die Tatsache, dass es parteipolitisch keine Alternativen gab mit 33% der Nennungen und sog. „unechte Nichtwähler*innen“, die z.B. durch Krankheit usw. verhindert waren (32%). Erwähnenswert ist des Weiteren, dass etwa ein Viertel der Nichtwähler*innen angab, ihrer Partei aus Unzufriedenheit einen Denktzettel verpassen zu wollen. Über die acht wichtigsten Motive der Nichtwahl hinaus ist an dieser Stelle zudem anzumerken, dass 7% angeben, aus Protest nicht zur Wahl gegangen zu sein und 6% grundsätzlich nicht wählen gehen, also nach Schäfer (2013) sog. „Grundsätzliche Nichtwähler*innen“ sind. Bezogen auf die nächste Stadtratswahl ist jedoch hervorzuheben, dass mehr als 40% der Nichtwähler*innen laut eigener Auskunft für die Stadtratswahl 2020 zu mobilisieren sind.

2.2 Demografische Struktur der Nichtwähler*innen

Zwar lässt sich, wie eine Meta-Analyse von Smets und van Ham (2013) zeigt, kein einheitliches Erklärungsmodell für die Wahlteilnahme ableiten, aber viele Studien kommen immer wieder auf einen Kern von Erklärungsfaktoren zurück, der neben den demografischen und sozio-ökonomischen Merkmalen weitere Einflüsse wie etwa politische Weltsicht und politische Desillusionierung beinhaltet. Zunächst sollen die Charakteristika der Nichtwähler*innen deskriptiv beschrieben werden⁴.

Bildung: Überdurchschnittlich hohe Anteile an Nichtwähler*innen finden sich unter den Befragten mit niedriger (18%) und mittlerer Bildung (14%). Der Anteil der Nichtwähler*innen bei Hochgebildeten liegt demgegenüber bei 8%.

⁴ Es ist hier darauf hinzuweisen, dass es sich dabei um bivariate Statistiken handelt, die keinerlei Aussage über kausale Zusammenhänge ermöglichen. Der Fokus liegt vielmehr auf der Analyse der Merkmalsverteilung zweier Variablen (z.B. Wahlentscheidung und Bildung) und es ist somit etwa nur der Vergleich zwischen Personen mit niedrigem, mittlerem und hohem Bildungsstand möglich. Wesentliche Ergebnisse dieser Zusammenhangsanalyse sind im Folgenden beschrieben.

Alter: Die höchsten Nichtwähler*innenanteile sind bei den jüngsten Befragten bis 25 Jahre (14%), den 56- bis 65-Jährigen (15%) und vor allem den ältesten Münchnerinnen und Münchner (22%) festzumachen. Ein Mittelwertvergleich des Durchschnittsalters von Wähler*innen (52,5 Jahre) und Nichtwähler*innen (58,5 Jahre) stützt den Befund zusätzlich.

Religionszugehörigkeit: Überdurchschnittlich oft sind Nichtwähler*innen unter den Katholiken (13%) und den Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften (16%) zu finden⁵. Den geringsten Anteil weisen mit 4% die Mitglieder evangelischer Religionsgemeinschaften auf. Auch der Anteil der Konfessionslosen (10%) liegt noch unter dem Durchschnitt.

Partnerschaft (Einsamkeit): Der Anteil der Nichtwähler*innen ist unter Befragten, die mit Partner*innen zusammenleben (9%) signifikant geringer als bei denjenigen, die derzeit keine Partner*innen haben (15%). Dieser Befund wird bestätigt durch die Tatsache, dass der Anteil der Nichtwähler*innen bei den Ein-Personen-Haushalten mit 15% deutlich über dem Anteil aller anderen Befragten liegt.

Migrationshintergrund: Deutsche mit Migrationshintergrund (21%) gehen doppelt so oft nicht zur Wahl wie Deutsche (10%).

2.3 Sozio-ökonomische Struktur der Nichtwähler*innen

Einkommen: Unter den unteren 25% der Einkommensverteilung finden sich mit 16% überproportional viele Nichtwähler*innen. Mit anderen Worten: Diejenigen, die am wenigsten verdienen beteiligen sich im Vergleich am geringsten an Wahlen.

Berufliche Stellung: Überdurchschnittlich hohe Anteile an Nichtwähler*innen finden sich bei den Befragten mit einfachen Tätigkeiten (15%) und bei Personen, die noch in Ausbildung sind (16%) sowie bei den nicht (mehr) Erwerbstätigen (13%).

Arbeitslosigkeitserfahrung: Insbesondere bei Befragten, die in ihrem Berufsleben mindestens einmal die Erfahrung von Langzeitarbeitslosigkeit (mindestens eine Arbeitslosigkeitsphase, die über zwölf Monate andauerte) machen mussten, ist der Anteil der Nichtwähler*innen besonders hoch (20%).

⁵ Zur Kategorie „andere Religionsgemeinschaften“ wurden die Ausprägungen „islamische“, „jüdische“ und „christlich-orthodoxe“ Religionsgemeinschaft zusammengefasst.

2.4 Sozialstrukturelle Merkmale der Nichtwähler*innen

Individuelle Deprivation: Je stärker die Befragten individuell depriviert sind, desto größer ist der Anteil an Nichtwähler*innen⁶. Unter den individuell hoch Deprivierten liegt der Anteil der Nichtwähler*innen bei 17%. Im Vergleich dazu betragen diese Anteile bei denjenigen, die ein mittleres Ausmaß individueller Deprivation aufweisen 13% und bei den Befragten mit selbsteingeschätzter geringer individueller Deprivation 9%.

Zukunftsperspektiven: Neben der individuellen Deprivation beeinflussen auch die ökonomischen Zukunftsperspektiven der Befragten das Wahlverhalten. Dabei zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei der individuellen Deprivation: Je schlechter die zukünftige ökonomische Situation eingeschätzt wird, desto höher der Nichtwähler*innenanteil. Unter den Personen, die diese als pessimistisch (schlechter) sehen, beträgt der Anteil der Nichtwähler*innen 15%. Im Vergleich dazu machen diese Anteile bei denjenigen, die ihre ökonomische Situation als gleichbleibend beschreiben 10% und bei den Befragten mit einer optimistischen Perspektive 8% aus.

Lebenszufriedenheit: Einen wesentlichen Einfluss auf die Wahlentscheidung hat die Lebenszufriedenheit, die als Maß für die kognitive Bewertung des eigenen Wohlbefindens dient (Pinquart/Sörensen, 2000)⁷: Unter den Unzufriedenen liegt der Anteil der Nichtwähler*innen bei 30%. Im Vergleich dazu betragen diese Anteile bei denjenigen, die damit mittelmäßig zufrieden sind 15% und bei den Zufriedenen 8%.

2.5 Nichtwähler*innen und politische Einstellungskonstellationen

(Persönliches) Politisches Interesse: Arnold/Freier/Kroh, 2015: 11 verweisen darauf, dass „das Interesse an Politik, (...) wichtige Faktoren [sind], die eine aktive Teilhabe am politischen Prozess begünstigen (...).“⁸. Diesen Zusammenhang bestätigt unsere Untersuchung: Bei den Uninteressierten beträgt der Anteil der Nichtwähler*innen 35%. Im Vergleich dazu

⁶ Das Konzept der (relativen) Deprivation ist ein Ansatz, bei dem die subjektiv wahrgenommenen Diskrepanzen zwischen gefühltem Anspruch und tatsächlicher Situation (Kessler/Harth, 2008) im Fokus stehen. Walker und Smith (2002) fassen die Ausgangslage der Deprivationstheorie deshalb wie folgt zusammen: Durch den subjektiven Vergleich mit anderen Mitmenschen kann die Wahrnehmung entstehen, benachteiligt zu sein. Sichtet man die Forschungsliteratur dazu, wird deutlich, dass Deprivation ein uneindeutiger Begriff ist, wobei dabei zumeist auf ökonomische Aspekte Bezug genommen. Für die individuelle Deprivation wurde in der vorliegenden Untersuchung die Einschätzung der eigenen finanziellen Situation („Wie beurteilen Sie Ihre derzeitige finanzielle Lage?“) verwendet.

⁷ Sie grenzt sich damit von affektiven Maßen der Lebensqualität (wie z.B. gute Laune, Freude, positiver und negativer Affekt usw.) ab und bezieht sich auf eine globale Einschätzung der Lebensqualität anhand von selbstgewählten Kriterien (=summarische Beurteilung sämtlicher Anteile des eigenen Lebens); vgl. hierzu etwa Heller/Judge/Watson, 2002 und Shin/Johnson, 1978.

⁸ In der Wahlforschung dient das politische Interesse generell als Indikator für die individuelle politische Involvierung. Sie erweist sich zudem beständig als eines der Merkmale, das den stärksten Einfluss auf die Wahlbeteiligung zeigt (Falter/Schumann, 1994; Krimmel, 1997; Verba/Nie/Kim, 1978).

liegen diese Anteile bei denjenigen, die ihr entsprechendes Interesse als mittel beschreiben bei 14% und bei den Interessierten bei 6%.

Politische Orientierung: Unter den Personen, die sich selbst als politisch rechts bezeichnen liegt der Anteil der Nichtwähler*innen bei 16%. Im Vergleich dazu betragen diese Anteile bei denjenigen, die sich politisch in der Mitte verorten 12% und bei den politisch Linken 2%.

Vertrauen in politische Institutionen: Je geringer das Vertrauen der Münchnerinnen und Münchner in die politischen Institutionen ist, desto höher ist der Anteil an Nichtwähler*innen⁹.

Demokratiezufriedenheit: Unter den mit der Demokratie Unzufriedenen liegt der Anteil der Nichtwähler*innen bei 16%. Im Vergleich dazu betragen diese Anteile bei denjenigen, die damit nur teilweise zufrieden sind 14% und bei den Zufriedenen 9%.

Politische Desillusionierung: Bei den politisch in einem hohen Maße desillusionierten Befragten beträgt der Anteil der Nichtwähler*innen 19%. Im Vergleich dazu liegen diese Anteile bei denjenigen, die ein mittleres Ausmaß politischer Desillusionierung verspüren bei 10% und bei den kaum Desillusionierten bei 5%.

Bedeutung von Politik allgemein: Unter den Personen, die der Politik eine geringe Bedeutung beimessen, liegt der Anteil der Nichtwähler*innen bei 50%. Im Vergleich dazu betragen diese Anteile bei denjenigen, die eine mittlere Bedeutung angeben 30% und bei denen, die der Politik eine hohe Bedeutung zumessen 9%.

Bürger*innenbeteiligung: Direkte Beteiligungsmodelle im politischen Bereich werden von unterschiedlichen Gruppen der Bevölkerung immer wieder gefordert (Bürklin/Klein 1998; Stock, 2013). Daher war auch die Bedeutung von Modellen direkter Demokratie für die Wahlentscheidung von Interesse. Von den Befragten, die direkter Demokratie eine große Bedeutung zuweisen, haben 10% nicht an der Wahl teilgenommen. Auch hier ist der Nichtwähler*innenanteil bei denjenigen noch höher, die direkter politischer Beteiligung eine eher mittelmäßige Bedeutung zuweisen (16%), während er bei denjenigen, die ihr keine Bedeutung beimessen bei nur 2% liegt. Mit anderen Worten: Personen gehen eher wählen, wenn sie andere Bürger*innenbeteiligungsverfahren (wie Bürger*innenentscheide) für wenig geeignet halten, um wichtige politische Fragen zu entscheiden.

⁹ Dieser Aspekt ist von besonderer Bedeutung, da man aus den bisherigen Studien zu „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ in München weiß, dass insbesondere das verlorene Vertrauen in politische Institutionen auch abwertende Einstellungen gegenüber unterschiedlichen Gruppen, wie etwa Muslimen, Geflüchteten, Langzeitarbeitslosen, Homosexuellen usw., in besonderem Maße beeinflusst, das heißt: Je geringer das Institutionenvertrauen, desto stärker die Abwertung der entsprechenden Gruppen (Fröhlich/Ganser/Köhler, 2016).

Politische Information: Unter den Untersuchungsteilnehmer*innen, die Informationen über das politische Geschehen als nicht ausreichend und unverständlich bezeichnen, beträgt der Anteil der Nichtwähler*innen 12%. Noch höher ist dieser Anteil jedoch bei denjenigen, die hier eine ambivalente Beurteilung abgeben (15%), während er bei denen, die sich ausreichend und verständlich informiert fühlen bei 3% liegt.

2.6 Überprüfung der Zusammenhänge im Gesamtmodell

Integriert man alle erklärenden Variablen aus den fünf Einflussbereichen (demografische, sozio-ökonomische und sozialstrukturelle Merkmale sowie lang- und kurzfristige Einstellung) in einem Gesamtmodell¹⁰ erweisen sich lediglich einzelne demografische (Konfession), sozio-ökonomische (Pro-Kopf-Einkommen) und weitere strukturelle Merkmale (Lebenszufriedenheit) sowie langfristige Einstellungsmuster der politischen Weltsicht (Interesse; Verortung, Vertrauensverlust und Demokratiezufriedenheit) und kurzfristige Einstellungen der politischen Partizipation (Desillusionierung und Information über politisches Geschehen) als signifikant für die Erklärung des Wahlverhaltens.

Die Nichtwähler*innen sind also katholisch oder konfessionslos, verfügen über relativ niedrige Einkommen, sind mit ihrem Leben alles in allem unzufriedener, politisch wenig interessiert und mit der Demokratie unzufrieden. Sie verorten sich politisch eher rechts, haben wenig Vertrauen in politische Institutionen und fühlen sich nicht ausreichend sowie nicht verständlich über das politische Geschehen informiert.

2.7 Welche Themen interessieren welche Typen von Nichtwähler*innen und Wähler*innen

2.7.1 Wichtige Ziele der Münchner Kommunalpolitik

Von Belang für unsere Untersuchung war zunächst die Frage, ob sich Wähler*innen und Nichtwähler*innen dahingehend unterscheiden lassen, welche Zielsetzungen der Kommunalpolitik sie als vordringlich erachten. Unabhängig davon, dass die wichtigsten Ziele für beide Gruppen der Kampf gegen die steigenden Preise in München und die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs sind, differenzieren sie sich am deutlichsten beim Ziel der Beseitigung der sozialen Ungleichheit in München. Dieses steht für 34% der Nichtwähler*innen im Vordergrund, aber nur für 12% der Wähler*innen.

¹⁰ Es hat sich erwiesen, dass ein Großteil der demografischen, sozio-ökonomischen und sozialstrukturellen Merkmale sowie die sozialpsychologisch im Mittelpunkt stehenden lang- und kurzfristigen Einstellungskonstellationen bivariat in einem Zusammenhang mit der Entscheidung steht, wählen zu gehen oder nicht. Um jedoch zu zeigen, in welchem Ausmaß sich Zuschreibungen für die untersuchten Merkmale der Befragten im Mittel unterscheiden, wenn alle anderen Merkmale konstant gehalten werden ist es unumgänglich multivariate Regressionsanalysen durchzuführen. Gegenüber einer einfachen bivariaten Darstellung bieten Regressionsanalysen einerseits den Vorteil, dass gruppenspezifische Unterschiede bei statistischer Kontrolle der anderen Einflüsse auf statistische Signifikanz getestet werden. Andererseits sind Regressionskoeffizienten um den Einfluss anderer struktureller Merkmale statistisch bereinigt und können daher als genuiner Effekt des jeweiligen Merkmals interpretiert werden.

Bei Kontrolle der erklärenden Merkmale wird deutlich, dass das Ziel der Bekämpfung der steigenden Preise in München hauptsächlich von der Konfession und beruflichen Stellung sowie den kurz- und langfristigen Einstellungen der Befragten (politische Orientierung und politische Desillusionierung) signifikant beeinflusst wird. Katholiken und nicht Erwerbstätige sowie Personen, die der Politik weniger Bedeutung beimessen geben dieses Ziel mit einer jeweils geringeren Wahrscheinlichkeit an wie die entsprechenden Referenzgruppen. Umgekehrt steigt die Wahrscheinlichkeit, dieses wichtige Ziel anzugeben, mit jedem Punkt auf der Skala des politischen Vertrauens, das heißt, dass Personen, die großes Vertrauen in die politischen Institutionen haben, dieses Ziel mit größerer Wahrscheinlichkeit nennen.

Auf die Bewertung des kommunalpolitischen Ziels der Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs wirken ausschließlich demografische und sozio-ökonomische Merkmale signifikant. Männer und Befragte, die sich in einer Ausbildung befinden weisen im Vergleich eine höhere Wahrscheinlichkeit auf, dieses Ziel zu nennen. Bei Personen mit mittleren Bildungsabschlüssen und den Befragten mit den geringsten Einkommen besteht dagegen eine geringere Wahrscheinlichkeit, dieses Ziel anzugeben.

Die Angabe des Ziels der Beseitigung der sozialen Ungleichheit in München wird maßgeblich von der Wähler*innengruppe, vom Geschlecht, der beruflichen Tätigkeit und der politischen Orientierung geprägt. Nichtwähler*innen, Frauen und nicht Erwerbstätige geben die Beseitigung der sozialen Ungleichheit in München mit einer höheren Wahrscheinlichkeit an. Sie sinkt dagegen mit jedem Punkt auf der sich die Befragten auf der Skala der politischen Orientierung weiter rechts einstufen.

Das Ziel, die Ruhe und Ordnung in München aufrecht zu erhalten, wird von der Haushaltsgröße, vom Einkommen, der individuellen Deprivation, der politischen Orientierung und dem Vertrauen in politische Institutionen gesteuert. Leben die Befragten in Single-Haushalten, verfügen über die geringsten Einkommen, sind individuell hoch depriviert und haben viel Vertrauen in politische Institutionen, erwähnen sie dieses Ziel im Vergleich mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit. Umgekehrt steigt sie mit jedem Punkt auf der sich die Befragten auf der Skala der politischen Orientierung weiter rechts einstufen.

Auf die Bewertung des Ziels mehr Einfluss auf Entscheidungen des Stadtrats haben zu wollen, wirkt nur die Lebenszufriedenheit signifikant: Die Wahrscheinlichkeit, dieses Ziel zu nennen, steigt mit jedem Punkt auf der Skala der Lebenszufriedenheit.

2.7.2 Münchens größte Probleme

Die Untersuchung sollte zudem einen Beitrag zur Beantwortung der Frage leisten, ob beispielsweise stadtspezifische Probleme dazu beitragen, dass sich Münchnerinnen und Münchner für eine Beteiligung an Wahlen entscheiden oder nicht¹¹. Am vordringlichsten werden von den Befragten Problembereiche angeführt, die bereits in der Bevölkerungsbefragung zur Stadtentwicklung 2016 genannt wurden. Auch hier waren es „zu hohe Mieten (44%)“, „zu wenig Wohnraum (43%)“, „ÖPNV (27%)“ und „Verkehr (25%)“ (INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung, 2017: 51), wobei sich lediglich bei den Aspekten „bezahlbare Mieten/Immobilienpreise“ und „Wohnungsmangel/-not“ signifikante Unterschiede zwischen den Angaben der Wähler*innen und Nichtwähler*innen zeigen¹².

Untersucht man zudem, welche Merkmale des gesamten Erklärungsmodells auf wesentliche Problembereiche signifikant einwirken, so kann man folgende Ergebnisse festhalten: Es wird deutlich, dass die Nennung des Problems „bezahlbare Mieten“ sowohl von demografischen Merkmalen als auch von der individuellen Deprivation sowie der politischen Orientierung signifikant beeinflusst wird. Diesen Problembereich erachten insbesondere Personen, die anderen Religionsgemeinschaften angehören und Befragte, die sich selbst als politisch eher rechts einordnen als weniger wichtig. Demgegenüber werden bezahlbare Mieten von den in einem mittleren Ausmaß individuell Deprivierten gegenüber den gering Deprivierten mit einer größeren Wahrscheinlichkeit als Problem gesehen.

Auf die Angabe des Problems „Individualverkehr“ wirken sowohl demografische Merkmale als auch kurz- und langfristige politische Einstellungen signifikant ein. Dieses Problem wird in Referenz zur jeweiligen Vergleichsgruppe von den Personen mit niedriger Bildung, von Befragten, die anderen Religionsgemeinschaften angehören und von denjenigen, die der Bürger*innenbeteiligung eine große Bedeutung zuweisen mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit angegeben. Umgekehrt ist die Wahrscheinlichkeit umso höher, je älter die Befragten sind und wenn sie mit der Demokratie nur teilweise zufrieden sind.

Nennungen, die sich auf das Problem des „ÖPNV“ beziehen, sind von demografischen und sozio-ökonomischen Merkmalen sowie der politischen Desillusionierung und der Einstellung zu Bürger*innenbeteiligungsverfahren signifikant beeinflusst. Niedrig Gebildete sowie Personen mit mittlerer Bildung und Befragte, die der Bürger*innenbeteiligung eine große Bedeutung zuweisen, nennen diesen Problembereich mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit. Demgegenüber steigt die Wahrscheinlichkeit den ÖPNV als wichtiges Problem in

¹¹ Dieser Themenbereiche wurde offen (ungestützt) abgefragt („Was sind Ihrer Meinung nach zur Zeit die größten Probleme in München?“).

¹² Keines dieser beiden Probleme wird zudem von Nichtwähler*innen häufiger genannt als von Wähler*innen.

München zu sehen, wenn sich die Befragten noch in Ausbildung befinden und politisch desillusioniert sind.

Kommunalpolitisch umstritten ist, wieviel Bedeutung die (Nicht-)Wähler*innen den Themen „Sicherheit und Ordnung“, „Geflüchtete“ (in der negativen Konnotation als „Überfremdung“) und der Frage der „sozialen Ungleichheit“ beimessen. Hierzu liefert die Untersuchung interessante Ergebnisse. Dabei wird deutlich, dass unterschiedliche Frageformen durchaus zu anderen Ergebnissen führen können. Wie sich zeigt weist auch unsere Untersuchung auf entsprechende Effekte hin. Die ungestützte (offene) Abfrage, beispielsweise von Problemlagen, wichtigen Themenbereichen usw., lenkt die Befragten nicht in Bezug auf Form oder Inhalt ihrer Antwort und beschränkt damit nicht ihre Aussagemöglichkeiten. Sie lässt damit alle möglichen Antwortkategorien zu und es erfolgt keine Verzerrung der Aussage durch ein vorgegebenes Bezugssystem („halo“-Effekt; Diekman, 2010: 464f.) oder durch die Einzwängung der Antworten in ein Kategoriensystem. Im Gegensatz dazu wird hier von den Befragten gewissermaßen verlangt, sich an etwas zu erinnern und dies dann spontan darzustellen¹³. Bei gestützten (geschlossenen) Frageformen, in denen die Antwortmöglichkeiten vorgegeben sind, sind natürlich oft solche Kategorien vorgegeben, die die Befragten bis dahin gar nicht im Bewusstsein hatten, die sie also eigentlich nicht erinnern, sondern im Moment der Fragestellung entdecken und für ihre Aussage verwenden (Diekman, 2010: 476f.). In unserer Untersuchung wird dies an folgendem Beispiel deutlich (*Tabelle 1*): Bei der gestützten Abfrage der wichtigsten Ziele der Münchner Kommunalpolitik wurden zum Beispiel die unten aufgeführten Kategorien angegeben und mit den entsprechenden Anteilen genannt. Können die Befragten in eigenen Worten (also ungestützt) aktuelle Probleme und Herausforderungen der Kommunalpolitik in München benennen, werden bestimmte Probleme („Kampf gegen die steigenden Preise“ und „Verbesserung des ÖPNV“) ähnlich oft angeführt, andere hingegen in einem weitaus geringerem Ausmaß angegeben („Beseitigung der sozialen Ungleichheit“ und „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“)¹⁴. Obwohl die beiden Themen „soziale Ungleichheit“ und „Sicherheit“ im Wahlkampf eine große Rolle spielten, zeigt sich, dass diese – auch medial stark bespielten Themen – bei den Bürger*innen nicht so wichtig sind, wenn ihre Antworten nicht in ein Kate-

¹³ Es ist jedoch auch auf Nachteile der ungestützten Abfrage hinzuweisen, die in den Schwierigkeiten der nachträglichen Kategorisierung und Quantifizierung der individuellen Antworten sowie in den höheren Anforderungen an die kognitiven Fähigkeiten der Befragten (selbstständige Formulierung der eigenen Antwort) liegen.

¹⁴ Hier zeigt sich zudem, dass entsprechende Ergebnisse auch von der Frageformulierung abhängen (Diekman, 2010: 458ff.). Bei der offenen Frage nach den wichtigsten Problemen in München ergeben sich für die beiden Kategorien „steigende (Miet-)Preise“ und „Verbesserung des ÖPNV“ noch ähnliche Ergebnisse wie bei der geschlossenen Frage. Vergleicht man die beiden offenen Fragen (in der zweiten Frage wird nach wichtigen, aber kommunalpolitisch vernachlässigten Themen gefragt), so zeigt sich, dass diese beiden Themenbereiche im zweiten Fall in einem deutlich geringerem Ausmaß angeführt werden.

goriensystem eingezwängt sind, das ihnen Unterstützung bei der Erinnerungs- und/oder Wiedererkennung leistet¹⁵.

Tabelle 1: Gestützte und ungestützte Abfrage kommunalpolitisch wichtiger Themen

Kategorien	Gestützte Abfrage	Ungestützte Abfrage	
		Wichtigste Probleme	Kommunalpolitisch vernachlässigte Themen
Kampf gegen die steigenden Preise	49%	43%	22%
Verbesserung des ÖPNV	38%	38%	12%
Beseitigung der sozialen Ungleichheit	31%	12%	11%
Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung	31%	9%	7%

2.7.3 Kommunalpolitisch vernachlässigte Themenbereiche

Im letzten Schritt sollen Themenbereiche geprüft werden, die aus Sicht der Münchnerinnen und Münchner für die Landeshauptstadt besonders wichtig sind, bei denen sie jedoch das Gefühl haben, die Politik kümmere sich nicht ausreichend darum¹⁶. Die ersten vier Bereiche decken sich im Übrigen mit den vier am häufigsten genannten Problemen Münchens. Lediglich das Thema „Soziale Ungleichheit“ wird, wie schon bei der Bewertung der Ziele Münchner Kommunalpolitik, von den Nichtwähler*innen signifikant häufiger genannt als von den Wähler*innen.

In Bezug auf die aus Sicht der Befragten kommunalpolitisch vernachlässigten Themenbereiche zeigen sich erneut einige bivariate Zusammenhänge mit unabhängigen Variablen aus unserem allgemeinen Erklärungsmodell. Integriert man alle erklärenden Variablen aus den fünf Einflussbereichen (demografische, sozio-ökonomische und sozialstrukturelle Merkmale sowie lang- und kurzfristige Einstellung) in einem Gesamtmodell, zeigt sich folgendes: Das Thema „bezahlbare Mieten“ sprechen niedrig Gebildete und Freiberufler*innen im Vergleich mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit an. Zudem sinkt sie mit jedem weiteren Lebensjahr der Befragten, wobei hier jedoch ein quadratischer Alterseffekt zu beachten ist. Das heißt, die Wahrscheinlichkeit dieses Thema zu nennen nimmt zunächst bis zu einem bestimmten Alter ab, bevor sie dann mit steigendem Alter wieder anwächst. Sie sinkt des Weiteren mit jedem Punkt auf der sich die Befragten auf der Skala der politischen Orientierung weiter rechts einstufen. Mittelmäßig Deprivierte und Personen, die der

¹⁵ Dies gilt lokalpolitisch gesehen unter anderem auch für die Themen „Geflüchtete“ und „Nachverdichtung“.

¹⁶ Diese Themenbereiche wurden abermals offen abgefragt („Gibt es Themen(bereiche), die für Sie in München besonders wichtig sind und bei denen Sie das Gefühl haben, die Politik kümmert sich nicht ausreichend darum?“). Hier ist darauf zu verweisen, dass es von bestimmten Voraussetzungen abhängt, ob die (Nicht-)Wähler*innen generell in der Lage sind, die erfolgreiche Bearbeitung der entsprechenden Themenbereiche durch die Politik bewerten zu können (Naurin/Oscarsson, 2017).

Politik eine hohe Bedeutung beimessen, weisen demgegenüber eine höhere Wahrscheinlichkeit auf, dieses Thema anzusprechen.

Auf die Angabe des Themas „Individualverkehr“ wirken vorzugsweise sozio-ökonomische Merkmale und langfristige politische Einstellungen signifikant ein. Die Wahrscheinlichkeit, dieses Thema anzugeben, ist bei Freiberufler*innen sowie bei Befragten, die mittlere Einkommen haben geringer und bei denjenigen, die mit der Demokratie nur teilweise zufrieden sind, höher.

Nennungen, die sich auf das Thema „Soziale Ungleichheit“ beziehen, sind wesentlich von der Wähler*innengruppe und dem Ausmaß der Demokratiezufriedenheit signifikant bestimmt. Nichtwähler*innen und Personen, die mit der Demokratie unzufrieden sind, nennen dieses Thema mit einer höheren Wahrscheinlichkeit.

2.8 Mobilisierung von Nichtwähler*innen

Zunächst ist nochmals hervorzuheben, dass für die nächste Stadtratswahl mehr als 40% der Nichtwähler*innen zu mobilisieren sind. Ein wesentlicher Aspekt, der für die Mobilisierung von Nichtwähler*innen von Bedeutung ist, ist die Frage, wie die Wähler*innen und Nichtwähler*innen verschiedene Gesichtspunkte der Münchner Kommunalpolitik einschätzen. Ganz allgemein werden von den Befragten vier Aspekte mit vergleichsweise hoher Zustimmung versehen. Die politischen Beteiligungsmöglichkeiten in München sehen sie überwiegend positiv (62%) und der größere Teil von ihnen wäre darüber hinaus bereit, sich einzubringen, wenn in ihrem Stadtteil ein größeres Projekt geplant würde (51%). Zudem sind die meisten Münchnerinnen und Münchner davon überzeugt, dass sie mit ihrer Stimme Einfluss auf die Politik in München ausüben können (51%). Die überwiegende Mehrheit der Befragten wünscht sich, dass Mitglieder des Stadtrats häufiger in die verschiedenen Münchner Stadtteile kommen, um mit den Bürger*innen zu sprechen (63%), wobei sie es gleichzeitig nicht gut fänden, wenn Kommunalpolitiker*innen von Tür zu Tür gingen, um dort mit den Bürger*innen zu sprechen (53%)¹⁷.

Um die Bürgerinnen und Bürger für eine Beteiligung an der nächsten Stadtratswahl zu gewinnen, ist es interessant Motivationsanreize in den Blick zu nehmen, die aus Sicht der Befragten selbst, eine Beteiligung an dieser Wahl herstellen können. Während 64% der Nichtwähler*innen sich zu dieser Frage überhaupt nicht äußerten, beträgt dieser Anteil unter den Wähler*innen lediglich 30%. Das zeigt: Grundsätzlich sind Nichtwähler*innen in

¹⁷ Dies deckt sich mit Ergebnissen eines Feldexperiments zu Mobilisierungspotenzialen anlässlich der Kommunalwahl 2014 in Rheinland-Pfalz. Die Hälfte der Befragten fand Haustürbesuche im Wahlkampf teilweise bis sehr negativ. Zudem waren diese Besuche aus ihrer Sicht weniger oder überhaupt nicht hilfreich (63%); nur jede(r) Zehnte beurteilte sie als eher/sehr hilfreich. Schließlich wiesen drei Viertel der Befragten diesen Haustürbesuchen überhaupt keinen Einfluss auf ihre Entscheidung zu, an der Kommunalwahl teilzunehmen (Faas/Hohmann, 2014: 25ff.)

deutlich geringerem Umfang bereit, Auskunft zu geben, wie man die Wahlmotivation (also auch ihre Wahlbereitschaft) erhöhen kann.

Im Einzelnen kann man mit verschiedenen Maßnahmen unterschiedliche Gruppen der (Nicht-)wähler*innen erreichen, wobei festzuhalten ist, dass Nichtwähler*innen keinen dieser Aspekte in den Vordergrund stellen. Zunächst sollen die aus Sicht der Befragten wichtigsten Maßnahmen hinsichtlich der Zusammenhänge mit bestimmten Charakteristika der (Nicht-)wähler*innen erneut deskriptiv dargestellt werden. Wesentliche Ergebnisse dieser Zusammenhangsanalyse sind im Folgenden beschrieben¹⁸.

1) Aufklärung über die Wichtigkeit von Wahlen/die Bedeutung der eigenen Stimme:

Hauptsächlich die jüngsten Befragten und Personen mit einfachen Tätigkeiten bzw. diejenigen, die sich (noch) in einer Ausbildung befinden sowie Befragungsteilnehmer*innen, die mit der Demokratie zufrieden sind und politisch in einem geringem Ausmaß Desillusionierte stellen den Aspekt der „Aufklärung“ häufiger in den Vordergrund. An dieser Stelle muss darauf verwiesen werden, dass sich der Aspekt der Aufklärung nicht nur auf die Motivation zur Wahl selbst beziehen, sondern auch Informationen über die verschiedenen politischen Ebenen mit einschließen sollte. Lokalpolitisch interessant ist in diesem Zusammenhang etwa, dass zwar zwei Drittel der Wähler*innen eine Einschränkung der Kommunalpolitik durch gesetzliche Vorgaben des Bundes oder der Länder sehen, dies aber bei den Nichtwähler*innen lediglich bei knapp 40% der Fall ist. Diese Gruppe sieht dagegen eine entsprechende Einschränkung nur teilweise (53% gegenüber 31%) oder überhaupt nicht (6% gegenüber 3%).

2) Eigenschaften der Politiker*innen (Glaubwürdigkeit, Ehrlichkeit usw.):

Dass persönliche Eigenschaften von Politiker*innen, wie Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit, Ehrlichkeit usw., die dazu geeignet scheinen, das Vertrauen der Bürger*innen in die Politik wiederherzustellen auch dazu beitragen können, dass die Motivation zu wählen wieder zunimmt, meinen vor allem die älteren Befragten ab 46 Jahren und diejenigen, die ein geringes Vertrauen in politische Institutionen allgemein haben sowie mit der Demokratie unzufrieden sind. Auch hier sei bereits der Hinweis gestattet, dass die Münchner Kommunalpolitiker*innen diesem Vertrauensverlust auch dadurch begegnen können, indem sie den Wunsch beider Wähler*innengruppen nach einer häufigeren Anwesenheit der Mitglieder des Stadtrats in den Stadtteilen aufgreifen, um dort mit den Bürger*innen zu sprechen, sich also aktiv in wichtige thematische Diskussionen einzubringen.

¹⁸ Hinsichtlich des ebenfalls häufig genannten Anreizes „Wichtige und bekannte Probleme der Stadt angehen und lösen“ zeigen sich keinerlei Zusammenhänge mit den entsprechenden erklärenden Variablen.

3) Allgemein mehr Informationen (unspezifisch):

Diese Maßnahme könnte vor allem bei Mitbürger*innen greifen, die sich politisch eher als links stehend einordnen. Befragte, die sich selbst politisch der Mitte oder rechts zuordnen, sind dagegen kaum der Meinung, eine umfassendere Information sowie Informations- und Diskussionsabende können einen Beitrag dazu leisten, die Bürger*innen dazu zu motivieren, zur nächsten Stadtratswahl zu gehen.

4) Mehr Bürger*innennähe/direkte Kontakte der Politiker*innen zu den Bürger*innen:

Eine „größere Bürger*innennähe“ kann vor allem aus Sicht der Befragten mit mittlerer oder gehobener beruflicher Tätigkeit dazu beitragen, dass sich die Münchnerinnen und Münchner bei der nächsten Stadtratswahl beteiligen. Dieser Aspekt steht in engem Zusammenhang mit dem Wunsch beider Wähler*innengruppen nach einer häufigeren Anwesenheit der Mitglieder des Stadtrats in den Stadtteilen, um dort mit den Bürger*innen zu sprechen (63%). Wobei hier jedoch zu beachten ist, dass „größere Bürger*innennähe“ in diesem Fall nicht bedeuten kann, die Bürger*innen in den Stadtteilen an der Haustür aufzusuchen. Dies wünscht nämlich eine überwiegende Mehrheit der Befragten nicht (53%). Wie bereits oben erwähnt, deckt sich dies mit Ergebnissen eines Feldexperiments zu Mobilisierungspotenzialen anlässlich der Kommunalwahl 2014 in Rheinland-Pfalz (Faas/Hohmann, 2014: 25ff.).

5) Klare, unterscheidbare Positionierung der Parteien:

Dieser Aspekt ist vor allem denjenigen wichtig, die über eine hohe Bildung verfügen und individuell in einem geringen Maße depriviert sind. Zudem erachten auch Personen, die (noch) Vertrauen in die parlamentarische Demokratie und ihre politischen Institutionen haben sowie anderen Bürger*innenbeteiligungsverfahren eine geringe Bedeutung zuschreiben, diesen Aspekt als wichtig.

6) Problemlösungskompetenz:

Hinsichtlich des ebenfalls häufig genannten Anreizes der Problemlösungskompetenz der politischen Parteien bzw. der Kommunalpolitiker*innen („Wichtige und bekannte Probleme der Stadt angehen und lösen“) zeigen sich keinerlei Zusammenhänge mit den entsprechenden erklärenden Variablen. Das heißt, dass dieses Thema allen Befragten ein Anliegen ist, das aus ihrer Sicht zur Wahlentscheidungsmotivation beitragen kann.

Zur empirischen Überprüfung der Zusammenhänge wurden erneut logistische Regressionsmodelle berechnet, wobei nur die drei Anreizstrukturen „Aufklärung“, „Eigenschaften der Politiker*innen“ und „klare Positionierung der Parteien“ in den Blick genommen werden, da bei den anderen Aspekten lediglich geringe Zusammenhänge beobachtbar sind. Im Einzelnen lassen sich folgende Ergebnisse festhalten: Bei Kontrolle der Drittvariablen wird

deutlich, dass der Lösungsvorschlag der „Aufklärung“ hauptsächlich vom Geschlecht, der Bildung, dem Einkommen, der politischen Desillusionierung und der politischen Information signifikant beeinflusst wird. Frauen haben eine höhere Wahrscheinlichkeit diesen Aspekt zu nennen. Demgegenüber weisen Niedriggebildete und Personen mit Einkommen, die etwas über dem Durchschnitt liegen sowie politisch gering Desillusionierte und politisch ausreichend Informierte eine geringere Wahrscheinlichkeit auf, dies vorzuschlagen.

Auf die Nennung des Vorschlag, der sich auf positive Eigenschaften von Politiker*innen bezieht wirken nur die Tatsache in einer Partnerschaft zu leben bzw. das Vertrauen in politische Institutionen signifikant ein. Im Vergleich weisen Personen, die in einer Partnerschaft leben eine höhere und Befragte mit einem hohen Vertrauen in politische Institutionen eine geringere Wahrscheinlichkeit auf, diesen Aspekt vorzuschlagen.

Nennungen, die sich auf den Vorschlag einer klaren, eindeutigen Positionierung der Parteien beziehen sind insbesondere von kurz- und langfristigen politischen Einstellungskonstrukten signifikant beeinflusst. Die Wahrscheinlichkeit, diesen Vorschlag zu machen, ist bei denjenigen, die von gleichbleibenden Zukunftsaussichten ausgehen höher. Im Vergleich dazu weisen mit der Demokratie Unzufriedene bzw. nur teilweise Zufriedene sowie Personen, die Bürger*innenbeteiligungsverfahren eine hohe Bedeutung beimessen, eine geringere Wahrscheinlichkeit auf, diesen Aspekt vorzuschlagen.

2.9 Informationsquellen zum kommunalpolitischen Geschehen

Ein wesentlicher Aspekt, um Wähler*innen, aber vor allem Nichtwähler*innen zu erreichen, sind deren Informationskanäle¹⁹. Dies war der Grund, weshalb in der vorliegenden Untersuchung auch abgefragt wurde, welche Quellen die Befragten nutzen, um sich über das politische Geschehen in München zu informieren.

Drei Quellen stehen bei den Befragten im Mittelpunkt: Lokale Zeitungen, Radio und Fernsehen. Darüber hinaus sind das Internet und persönliche Gespräche von Bedeutung²⁰. Direkte Kontakte und Gespräche mit Kommunalpolitiker*innen bzw. Informationen von Parteien spielen hingegen kaum eine Rolle, obwohl diese zumindest teilweise als Möglichkeit gesehen werden, einen Beitrag dazu zu leisten, Bürger*innen zur Entscheidung, wählen zu

¹⁹ Auch andere Untersuchungen verweisen auf die mobilisierende Wirkung von Medien auf die Wahlbeteiligung (Aarts/Semetko, 2003; Vreese/Boomgarden, 2006).

²⁰ Gerade persönliche Gespräche sind insofern wichtig, da einige Befunde darauf hindeuten, dass die Entscheidung zur Beteiligung an Wahlen nicht rein individuell, sondern unter Bezug auf größere soziale Zusammenhänge erfolgt (Partheymüller/Schmitt-Beck, 2012; Timpone, 1998; Zuckerman, 2007)

gehen, motivieren zu können (siehe oben)²¹. Ein höchst signifikant anderes Nutzungsverhalten zeigt sich bei vier Informationsquellen, wobei die Wähler*innen diese jeweils in einem deutlich höherem Ausmaß nutzen als die Nichtwähler*innen: Radio (70% gegenüber 56%), Internet (58% gegenüber 37%), persönliche Gespräche im sozialen Umfeld (58% gegenüber 31%) und überregionale Zeitungen (32% gegenüber 15%). Kaum Unterschiede gibt es schließlich bei der Nutzung von Fernsehen und lokalen Zeitungen, die überdies die mit am häufigsten Informationsquellen sind. Möchte man also Nichtwähler*innen gezielt ansprechen, um sie über das kommunalpolitische Geschehen zu informieren sollte man vorwiegend diese beiden Informationskanäle nutzen.

Geeignet (sowohl zur Kontaktaufnahme als auch zum Aufbau von Vertrauen) scheinen also besonders lokale Zeitungen (inklusive stadtteilbezogene Wochenblätter) und (lokales/regionales) Fernsehen. Hier ist zu beachten, dass man mit diesen beiden Medien einerseits zwar Nichtwählerinnen und Wählerinnen gleichermaßen erreichen kann, dass sich aber andererseits die Nutzung dieser beiden Informationsquellen hinsichtlich anderer Merkmale differenziert. Lokale Zeitungen werden altersspezifisch unterschiedlich genutzt. Ein negativer quadrierter Alterseffekt deutet hier darauf hin, dass die Informationsbeschaffung über lokale Zeitungen bis zu einem bestimmten Alter zunächst zunimmt, um dann mit weiter steigendem Alter wieder abzunehmen. Schließlich nutzen dieses Medium diejenigen, die nur teilweise mit der Demokratie zufrieden sind, signifikant häufiger als die damit Zufriedenen. Das Fernsehen wird hingegen von den niedrig Gebildeten und von den sich in Ausbildung befindlichen sowie politisch rechtsorientierten Personen häufiger genutzt. Von den Befragten gefordert ist hier eine sachbezogene Information und der Auftritt von Lokalpolitiker*innen im lokalen Fernsehen bzw. die Vorstellung von Politiker*innen in den entsprechenden Zeitungen.

²¹ Bezüglich des Informationsverhaltens zeigt sich damit ein ähnliches Bild wie für die bundesdeutsche Bevölkerung insgesamt, wenn auch mit einer geringfügig anderen Rangfolge und dem einzigen wesentlichen Unterschied, dass für die Münchnerinnen und Münchner überregionale Zeitungen eine geringere Rolle spielen. Dies dürfte jedoch dem Umstand geschuldet sein, dass wir nach Informationsquellen für das politische Geschehen in München gefragt hatten (forsa, 2013: 21).

3 Handlungsempfehlungen

3.1 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse und erster Ansatzpunkte

Ausgehend von den beiden der Studie zugrundeliegenden Fragestellungen, nämlich (1) Welche soziologischen und sozialpsychologischen Faktoren beeinflussen die Entscheidung, nicht wählen zu gehen? und (2) Welche stadtspezifischen Themenbereiche sehen Nichtwähler*innen als politisch problematisch und können damit zielgruppenspezifisch fruchtbar gemacht werden, um sie zur Wahl zu motivieren bzw. welche Motivationsanreize betrachten die Bürgerinnen und Bürger selbst als geboten? kann man folgendes festhalten: Nichtwähler*innen sind katholisch oder konfessionslos, verfügen über relativ niedrige Einkommen, sind mit ihrem Leben allgemein und der Demokratie unzufrieden sowie politisch wenig interessiert. Sie verorten sich politisch eher rechts, haben wenig Vertrauen in die politischen Institutionen und fühlen sich nicht ausreichend sowie nicht verständlich über das politische Geschehen informiert. Hauptgründe für Nichtwahl sind dabei das fehlende Vertrauen in Politiker*innen und die bisher gewählte Partei sowie der Wunsch, dieser einen „Denkzettel“ geben zu wollen. Bezogen auf die nächste Stadtratswahl ist jedoch hervorzuheben, dass mehr als 40% der Nichtwähler*innen für diese Wahl zu mobilisieren sind.

Hier setzt dann auch die zweite Leitfrage unserer Untersuchung an. Deren Ziel war es, stadtspezifische Themen- und Problembereiche sowie wichtige kommunalpolitische Zielsetzungen zu erfassen, die von der Münchner Kommunalpolitik zielgruppenspezifisch fruchtbar gemacht werden können, um die Münchnerinnen und Münchner zur Wahl zu motivieren. Darüber hinaus ging es darum zu eruieren, welche Anreize die Befragten selbst als wichtig bzw. erfolgreich erachten, um ihre Mitbürger*innen für die Teilnahme an der nächsten Stadtratswahl zu motivieren.

Ganz allgemein ist hier sind hier nochmals zwei wichtige Ergebnisse anzuführen: Es zeigt sich einerseits, dass für die befragten Münchnerinnen und Münchner der Hauptgrund für die Entscheidung, nicht zu wählen das geringe Vertrauen in die Politiker*innen ist. Nichtwähler*innen stellen im Vergleich zu den Wähler*innen andererseits die Beseitigung der sozialen Ungleichheit in München als wichtiges Ziel der Münchner Kommunalpolitik in den Vordergrund. Hier ist gleichwohl darauf hinzuweisen, dass Frauen, nicht Erwerbstätige, individuell in einem mittleren Ausmaß Deprivierte und politisch linksorientierte Personen im Vergleich zu den anderen Befragten dieses Ziel ebenfalls als wichtiger erachten.

Dem Vertrauensverlust könnten die Münchner Kommunalpolitiker*innen dadurch begegnen, dass sie den Wunsch der beiden Wähler*innengruppen nach häufigerer Anwesenheit der Mitglieder des Stadtrates in den Stadtteilen aufgreifen, um dort mit den Bürger*innen zu reden, also sich aktiv in die Diskussionen vor Ort einzubringen. Dies steht in direktem

Zusammenhang mit Vorschlägen der Befragten, wie man die Bürger*innen zur Teilnahme an der nächsten Stadtratswahl motivieren könnte (mehr Bürger*innennähe/direkte Kontakte mit den Bürger*innen steht hier an zweiter Stelle). Vermieden werden sollten jedoch Haustürkontakte, da diese eher ablehnend beschieden werden. Geeignet (sowohl zum Aufbau von Vertrauen als auch zur Kontaktaufnahme) scheinen zudem lokale Zeitungen (inklusive stadtteilbezogene Wochenblätter) und (lokales/regionales) Fernsehen. Hier ist zu beachten, dass man mit diesen beiden Medien einerseits zwar Nichtwählerinnen und Wählerinnen gleichermaßen erreichen kann, dass sich aber andererseits die Nutzung dieser beiden Informationsquellen hinsichtlich anderer Merkmale differenziert. Lokale Zeitungen werden altersspezifisch unterschiedlich genutzt. Ein negativer quadrierter Alterseffekt deutet hier darauf hin, dass die Informationsbeschaffung über lokale Zeitungen bis zu einem bestimmten Alter zunächst zunimmt, um dann mit weiter steigendem Alter wieder abzunehmen. Schließlich nutzen dieses Medium diejenigen, die nur teilweise mit der Demokratie zufrieden sind, signifikant häufiger als die damit Zufriedenen. Das Fernsehen wird hingegen von den niedrig Gebildeten und von den sich in Ausbildung befindlichen sowie politisch rechtsorientierten Personen häufiger genutzt. Von den Befragten gefordert ist hier eine sachbezogene Information und der Auftritt von Lokalpolitiker*innen im lokalen Fernsehen bzw. die Vorstellung von Politiker*innen in den entsprechenden Zeitungen.

Dies mag als erster Hinweis dienen, welche Handlungsmöglichkeiten bestehen, die Nichtwähler*innen bzw. bestimmte Bevölkerungsgruppen zur Wahl zu motivieren. Im Weiteren sollen weitere Optionen vorgeschlagen werden, die sich aus den Ergebnissen der Untersuchung ergeben, wobei auch der eben bereits angedeutete Handlungsstrang nochmals ausführlicher ausgearbeitet wird.

3.2 Konkrete Handlungsempfehlungen

Die Ergebnisse der Untersuchung machen Herausforderungen für das demokratische Gemeinwesen deutlich. Auch bezogen auf München zeigt sich eine niedrige Wahlbeteiligung mit großen Differenzen in der Wahlbeteiligung innerhalb der Stadtviertel mit der Folge, dass bestimmte Teile der Bevölkerung nicht bei demokratischen Wahlen partizipieren und in der Folge politisch nicht repräsentiert werden. Dies ist umso bedenklicher, da die Teilnahme an Wahlen eher als niedrigschwellige Möglichkeit politischer Partizipation betrachtet wird. Aus Sicht der inputorientierten Demokratietheorien ist aber eine möglichst umfassende Wahlbeteiligung erstrebenswert, weil ein direkter oder indirekter Einfluss auf die konkrete Politikgestaltung nur dann gleich und damit fair verläuft, wenn alle Bürger*innen den gleichen Einfluss ausüben können und dies auch tun. Denn „who votes, and who doesn't, has important consequences for who gets elected and for the content of public policies.“ (Lijphart, 1997: 4). Ziel der Münchner Kommunalpolitik muss es sein, das demokra-

tische Gemeinwesen zu stabilisieren, indem etwa die Wahlbeteiligung, aber auch die politische Partizipation der Münchner Bürger*innen gesteigert wird. Dazu ergeben sich aus unserer Untersuchung Ansatzpunkte, die in mögliche Maßnahmen und Handlungsoptionen münden.

*3.2.1 Präsenz der Kommunalpolitiker*innen in den Stadtvierteln: Bürger*innen-Fragestunden*

Ein wesentlicher Wunsch der beiden Wähler*innengruppen war der nach häufigerer Anwesenheit der Mitglieder des Stadtrates in den Stadtteilen, um dort mit den Bürger*innen zu sprechen. Dies steht in direktem Zusammenhang mit Vorschlägen der Befragten, wie man die Bürger*innen zur Teilnahme an der nächsten Stadtratswahl motivieren könnte (mehr Bürger*innennähe/direkte Kontakte mit den Bürger*innen). Hier sollte also möglichst zeitnah mit entsprechenden Konzepten angesetzt werden. Denkbar ist aus unserer Sicht die Einrichtung von institutionalisierten Formen einer Bürgerfrage- und -diskussionsrunde mit Stadtrat*innen (und Mitgliedern der Stadtverwaltung). Die Bürger*innen hätten somit die Möglichkeit, ihre Erfahrungen zu schildern und die an der Fragerunde teilnehmenden Kommunalpolitiker*innen (und die Stadtverwaltung) mit konkreten Problemen und Vorschlägen zu konfrontieren. Die Politiker*innen (bzw. die Stadtverwaltung) hätten im Gegenzug die Möglichkeit in direktem Dialog mit den Bürger*innen die angesprochenen Sachverhalte aufzugreifen und sie zu (er)klären bzw. auf mögliche Umsetzungsproblematiken hinzuweisen, also eine aktive Rolle in der Politikvermittlung einzunehmen. Entsprechende Hinweise aus den offenen Fragen zu diesem Themenbereich weisen zudem darauf hin, dass damit auch Vertrauen in die Politik wiedergewonnen werden könnte. Solche Bürger*innen-Fragerunden könnten jeweils einmal im Monat in einem anderen Stadtviertel stattfinden. Bürger*innen aus diesem Viertel würde damit Gelegenheit gegeben, ihre Anliegen vorzubringen. Dabei müssen zwei Aspekte berücksichtigt werden: (1) Zum einen sollte die Auswahl der Stadtviertel sich unter anderem daran orientieren, dass über das Jahr gesehen eine möglichst breite Verteilung über das Stadtgebiet erreicht wird, was nicht heißt, dass man dabei nicht zusätzlich besonders wichtige und/oder relevante Problemlagen vor Ort bei der Auswahl berücksichtigen kann. (2) Zum anderen sollte diese Frage- und Diskussionsrunde von unabhängigen Personen moderiert werden. Dies scheint notwendig, um zu gewährleisten, dass möglichst viele Anwesende zu Wort kommen, also ihr spezifisches Anliegen usw. vortragen können. Andererseits ist eine solche Moderation auch unter dem Gesichtspunkt geboten, unsachliche Angriffe auf und/oder Anfeindungen in Richtung der anwesenden Politiker*innen zu verhindern.

Wie Diskussionsrunden, die wir mit der Stadtverwaltung durchgeführt haben zeigten, wird dieser Ansatz aus der praktischen Erfahrung heraus, auch von dieser Seite sehr positiv be-

urteilt. Wichtige Punkte, die sich aus diesen Diskussionsrunden heraus zusätzlich ergaben, waren, dass

- die Stadtpolitik auch deshalb mehr Präsenz vor Ort zeigen sollte, um früher etwas über Entwicklungen in den jeweiligen Stadtvierteln zu erfahren.
- die Stadtpolitik vor Ort extrem wichtig ist, um Konflikte in den Stadtvierteln zu entschärfen, wobei hier insbesondere darauf verwiesen wurde, dass es dazu nicht nur strukturierter Informationen durch die Stadtverwaltung bedarf, sondern dass aus eigener Erfahrung beobachtbar war, dass die Präsenz der Stadtpolitik in solchen Konflikten zu erhöhter Zufriedenheit vor Ort führte.
- die Stadtpolitik in den Stadtvierteln nicht nur zuhören sollte, sondern auch zu ihren Entscheidungen stehen und Position beziehen bzw. diese auch erläutern und notfalls verteidigen sollte. Hier wird gleichzeitig klar darauf verwiesen, dass es nicht darum gehe, den Menschen „nach dem Mund zu reden“, sondern eine Kommunikation auf Augenhöhe zu führen. Eine reine Präsenz von Stadträt*innen ohne deren aktive Beteiligung führe dagegen eher zu Frustrationen. Auch hier wird also die aktive Rolle besonders betont.
- die Präsenz der Stadtpolitik vor Ort von Dauer sein muss, damit sich die Bürger*innen ernst genommen fühlen (dies deckt sich mit folgendem Ergebnis der Umfrage: 59% der Befragten sind der Meinung, dass sich die Münchner Kommunalpolitiker*innen nur bei besonderen Anlässen in den Stadtvierteln sehen lassen).

Des Weiteren ergeben sich aus den Rückmeldungen dieser Diskussionsrunden noch folgende Ansatzpunkte für die Organisation entsprechender Bürger*innen-Fragerunden: Bezirksausschüsse sollten stärker als Informationsquelle für die Eruiierung der relevanten Themen in den Stadtvierteln genutzt werden, da sie vor Ort agieren und nahe an den jeweiligen Themen sind. Zudem können sie als intermediäre Institution zwischen den Bürger*innen in den Stadtteilen und der Stadtpolitik bzw. -verwaltung diese Aufgabe gut wahrnehmen und sollten daher stärker mit diesen beiden Ebenen verzahnt werden. Gleichzeitig können sie jedoch den direkten Dialog zwischen Stadtpolitik und Bürger*innen nicht ersetzen, da Bezirksausschusssitzungen für den direkten Bürger*innendialog zu formalisiert sind. Hier bedarf es eines ergänzenden Dialog-Formats, wie wir es oben vorgeschlagen haben. Unabhängig davon könnten die Bezirksausschüsse - wo dies noch nicht der Fall ist - ihre eigenen BA-Sprechstunden zu einer mobilen Bürger*innensprechstunde ausbauen, um bereits hier den Bürger*innen die Möglichkeit zu geben, ihre Anliegen vorzutragen und von den BA-Mitgliedern entsprechende Rückmeldungen zu erhalten.

3.2.2 Aufklärung: „Meine Stimme zählt!“

Ein zweiter Strang von Handlungsoptionen resultiert aus der Tatsache, dass von den Befragten selbst die „Aufklärung über die Wichtigkeit von Wahlen/die Bedeutung der eigenen Stimme“ als der Hauptanreiz gesehen wird, um die Münchnerinnen und Münchner zu einer Beteiligung bei der nächsten Stadtratswahl im Frühjahr 2020 zu motivieren. Interessant ist hier, dass unter anderem die Jungwähler*innen (bis 25 Jahre) und Personen mit einfachen Tätigkeiten bzw. diejenigen, die sich (noch) in einer Ausbildung befinden den Aspekt der „Aufklärung“ häufiger in den Vordergrund stellen. Der Gesichtspunkt der Aufklärung sollte sich dabei nicht nur auf die Motivation zur Wahl selbst beziehen, sondern auch Informationen über die verschiedenen politischen Ebenen mit einschließen, da zum Beispiel auch das Verhältnis zwischen Bezirksausschüssen, Stadtrat und Verwaltung den Bürger*innen häufig nicht klar ist und zu Missverständnissen führt. Lokalpolitisch interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass zwar zwei Drittel der Wähler*innen eine Einschränkung der Kommunalpolitik durch gesetzliche Vorgaben des Bundes oder der Länder sehen, dies aber bei den Nichtwähler*innen lediglich knapp 40% tun. Diese Gruppe sieht dagegen eine entsprechende Einschränkung nur teilweise (53% gegenüber 31%) oder gar nicht (6% gegenüber 3%).

Aufklärung ist ohne Bildung nicht denkbar. Auf diesen Zusammenhang weist auch der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung Thomas Krüger 2016 in seinem Grußwort auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing hin: „Ich knüpfe an das eingangsgenannte Begriffspaar „Aufklärung und Bildung“ an, das sozusagen eine symbiotische Beziehung lebt: Ohne Aufklärung ist keine Bildung, aber ohne Bildung auch keine Aufklärung möglich. Das ist es, was die politische Bildung leisten muss (...).“ (Krüger, 2016: o.S.).

Maßnahmen, die diesen Gesichtspunkt in den Mittelpunkt stellen, müssen also unter anderem bildungspolitisch ansetzen. Dabei sind nicht nur die Jüngeren in den Blick zu nehmen, die diesen Aspekt selbst als sehr wichtig und zielführend erachten. Es müssen auch Maßnahmen in der Erwachsenenbildung angedacht werden, um insbesondere die politische Partizipation allgemein und damit das demokratische Gemeinwesen insgesamt zu stärken.

Ein erster Handlungsstrang, der hier aus unserer Sicht denkbar wäre, ist die Entwicklung eines Konzepts durch das Referat für Bildung und Sport, das sich als Teil und/oder in Ergänzung des Sozialkundeunterrichts mit dieser Thematik beschäftigt. Kurzfristig sollte dabei der Fokus auf die Jahrgangsstufen in städtischen Schulen gelegt werden, aus denen in absehbarer Zeit Erstwähler*innen hervorgehen. Das Konzept sollte so aufgebaut sein, dass es Unterrichtseinheiten berücksichtigt, die über die Bedeutung und Funktion von Wahlen und Parteien in demokratisch organisierten Gemeinwesen aufklären. Zudem sollten den Schüler*innen Möglichkeiten der (gesellschafts)politischen Partizipation aufgezeigt und

Nahe gebracht werden (Wahlen, aktive Arbeit in Parteien, Verbänden, Bürger*inneninitiativen usw.). In den städtischen Berufsschulen wäre hier zudem eine Aufklärungskampagne im Rahmen des Azzuro-Projektes denkbar, das zudem die Gewerkschaften und Arbeitgeber mit einschließen könnte.

Ein weiterer Aspekt, der sich besonders Erst- und Jungwähler*innen zuwenden kann, ist die Implementierung und/oder Erweiterung der politischen Bildungsarbeit in den städtischen Jugendeinrichtungen. Auch in diesem Fall sollten zunächst kurzfristige Strategien im Vordergrund stehen, die nach und nach zu einem festen, langfristig orientierten Programm erweitert werden könnten. Ähnlich wie in den Schulen könnten die Jugendeinrichtungen Seminare anbieten, die über die Bedeutung und Funktion von Wahlen und Parteien aufklären und Möglichkeiten der (gesellschafts)politischen Partizipation aufzeigen. In diesem Zusammenhang sollten zudem Kooperationen und Vernetzungen mit anderen Organisationen angestrebt werden, um eine flächendeckende Bildungsarbeit zu ermöglichen (z.B. KJR, DGB, kirchliche Jugendorganisationen usw.).

Um die Aufklärungskampagne breiter anzulegen erscheint es aus unserer Sicht notwendig, die Erwachsenenbildung mit in den Blick zu nehmen. Dabei ist es besonders wichtig, entsprechende Konzepte so anzulegen, dass die unterschiedlichen Zielgruppen in ihren jeweils eigenen Milieus angesprochen werden (denkbar ist jedoch auch eine zusätzliche Implementierung entsprechender Angebote in das Programm der Münchner Volkshochschule). Den entsprechenden Zielgruppen soll dann vor Ort vermittelt werden, welche Funktion Wahlen in unserer Gesellschaft haben, was die Aufgaben von Parteien sind, wo und wie man sich über das politische Geschehen im Stadtviertel oder auch in München insgesamt informieren kann, wie der „Wahlakt“ an sich funktioniert und welche Möglichkeiten man dabei hat (Wahlunterlagen, Briefwahl usw.). Aufgrund der sehr großen Heterogenität der einzelnen Zielgruppen ist es notwendig dafür ein spezifisches (reduziertes) pädagogisches Konzept zu entwickeln, das von Angestellten der dafür in Frage kommenden städtischen Einrichtungen (Sozialbürgerhäuser, Alten- und Servicezentren, Familientreffpunkte, Kultureinrichtungen, Jugendfreizeitstätten usw.) vor Ort autonom umgesetzt und durchgeführt werden kann. Es müssen also leicht durchzuführende Methoden und entsprechendes Material entwickelt werden. Zudem ist es notwendig in den Stadtbezirken entsprechende Multiplikator*innenschulungen umzusetzen und durchzuführen.

3.2.3 Information: „München wählt!“

Schließlich resultieren weitere Handlungsoptionen aus der Tatsache, dass von den Bürger*innen selbst „mehr Informationsabende und Informationen allgemein“ als Möglichkeit gesehen werden, um die Wahlberechtigten zu einer Beteiligung an der nächsten Stadtratswahl im Frühjahr 2020 zu motivieren.

Unabhängig davon, dass dazu aus Sicht der Befragten lokale Zeitungen (inklusive stadtteilbezogene Wochenblätter) und (lokales regionales) Fernsehen geeignet erscheinen und hierbei beachten muss, dass man mit diesen beiden Medien einerseits zwar Nichtwählerinnen und Wählerinnen gleichermaßen erreichen kann, dass sich aber andererseits die Nutzung dieser beiden Informationsquellen hinsichtlich anderer Merkmale differenziert, so dass man nicht alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen mit diesen Medien erreichen kann (siehe oben). Möchte man Information über diese Medien streuen, so ist zu berücksichtigen, dass von den Befragten hier eine sachbezogene Information gefordert ist und im lokalen Fernsehen bzw. in den entsprechenden Zeitungen gezielt Lokalpolitiker*innen auftreten bzw. vorgestellt werden sollten.

Weitergehend scheint uns ein Umsetzungskonzept vielversprechend, das über die Diskussionsrunden rückgemeldet wurde. Es wird vorgeschlagen, dass Stadtpolitik und -verwaltung Überlegungen anstellen, wie sie ihre bereits vorhandenen eigenen Informationskanäle in den öffentlichen Verkehrsmitteln für eine zielgerichtete Information zu stadtspezifischen Themen und/oder zur Bedeutung von Wahlen usw. intensiver nutzen können. Beispielsweise wäre es denkbar, im München Fenster in den öffentlichen Verkehrsmitteln eine Rubrik „Der Stadtrat informiert“ zu implementieren.

Eine weitere Möglichkeit, die Bevölkerung mit Informationen zu Wahlen und themenspezifischen Fragestellungen und Diskussionen zu versorgen, ist die Herausgabe eines „Newsletter“ der Bezirksausschüsse, die am bereits genutzten Informationskanal der stadtteilbezogenen Wochenblätter ansetzt. In diesem BA-Newsletter können diese Informationen unter dem Schlagwort „Neuigkeiten aus dem Stadtviertel“ einer breiten Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Auch hier sollte jedoch darauf geachtet werden, dass die Informationen möglichst dialogisch dargeboten werden. Man könnte den BA-Newsletter so anlegen, dass man zumindest für einzelne Bereiche auch die Erfahrungen von Bürger*innen zu dem/den jeweiligen konkreten Information(en) und/oder Problem(en) abdruckt und den/die Sachverhalt(e) im Gegenzug aus Sicht der politischen Ebene erklärt bzw. auf mögliche Umsetzungsproblematiken hinweist, also auch in diesem Fall eine aktive Rolle in der Politikvermittlung einnimmt.

Ein letzter Vorschlag, der den Informationsaspekt aufgreift, ist eine zeitnahe Information vor den Wahlen, die auf die Bedeutung der Wahlen hinweist. Für diese Informationskampagne sollte der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München gewonnen werden. Zu denken ist in diesem Fall an einen Brief an alle Bürgerinnen und Bürger, in dem der Oberbürgermeister für die Teilnahme an der Wahl wirbt (möglichst unter einem eingängigen Schlagwort) und die Bedeutung der Wahl für das demokratische Gemeinwesen darstellt. Gleichzeitig könnten in diesem Brief nochmals die grundlegenden Aspekte des Wahlvorgangs selbst (insbesondere mit Hinweis auf die Wahlbenachrichtigung, die Briefwahlmög-

lichkeit und ortsnahe Veranstaltungen, auf denen über die Wahl informiert wird) erläutert werden. Es sollte bei dieser Form von Information jedoch berücksichtigt werden, sie so zu fassen, dass sie die Heterogenität der (Nicht-)wähler*innenschaft berücksichtigt. Sie sollte also kurz und verständlich abgefasst sein.

4 Literaturverzeichnis

- Aarts, K. und H.A. Semetko (2003): The Devided Electorate: Media Use and Political Involvement, in: *The Journal of Politics*, Vol. 65, S. 759-784.
- Aldrich, J.H. und D.M. Simon (1986): Turnout in American National Elections, in: Long, S. (ed.): *Voting Behavior*. Greenwich, Conn. u.a.: Jai Press (Research in Micropolitics 1), S. 271-301.
- Arnld, F. von; Freier, R. und M Kroh (2015): Geteilte politische Kultur auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung?, in: *DIW Wochenbericht* 37/2015, S. 803-814.
- Berelson, B.; P.F. Lazarsfeld und W.N. McPhee (1954): *Voting. A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign*. Chicago: University of Chicago Press.
- Brady, H.E.; Verba, S. und K.L. Schlozman (1995): Beyond Ses: A Resource Model of Political Participation, in: *The American Political Science Review*, Vol. 89, S. 271-294.
- Bürklin, W.P. und M. Klein (1998): *Wahlen und Wählerverhalten*. Opladen: Leske + Budrich.
- Cabarello, C. (2014): Nichtwahl, in: Falter, J. und H. Schoen (Hg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 437-488.
- Diekmann, A. (2010): *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Eiff, M. und S. Roßteutscher (2016): Parteiwahl und Nichtwahl: Zur Rolle sozialer Konfliktlinien, in: Schoen, H. und B. Weißels (Hg.): *Wahlen und Wähler*. Wiesbaden: Springer VS, S. 45-69.
- Evans, J. (2004): *Voters and Voting: An Introduction*. London: Sage.
- Faas, T. und D. Hohmann (2014): *Mobilisierung bei Nebenwahlen: Ein Feldexperiment zu Mobilisierungspotenzialen von Wahlkämpfen anlässlich der Kommunalwahl 2014 in Rheinland-Pfalz*. Mainz: Johannes Gutenberg-Universität.
- Faas, T. und H. Rattinger (2003): Politische Konsequenzen von Arbeitslosigkeit. Eine Analyse der Bundestagswahlen 1980 bis 2002, in: Wüst, A.E. (Hg.): *Politbarometer*. Opladen: Leske + Budrich, S. 205-238.
- Falter, J. und S. Schumann (1994): Der Nichtwähler – das unbekannte Wesen, in: Klingemann, H.-D. und M. Kaase (Hg.): *Wähler und Nichtwähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 161-213.
- forsa. Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen GmbH (2013): *Wähler und Nichtwähler zu Beginn des Wahljahres 2013 in Deutschland*. Berlin.
- Fröhlich, W.; Ganser, C. und E. Köhler (2016): *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München*. München: Institut für Soziologie.
http://www.ls4.sozioologie.uni-muenchen.de/aktuelle_forschung/einstellungen2016/forschungsbericht_gmf_2016_muc.pdf
- Heller, D., Judge, T. and D. Watson (2002). The Confounding Role of Personality and Trait Affectivity in the Relationship between Job and Life Satisfaction; in: *Journal of Organizational Behavior*, Vol. 23, S. 815-835.
- INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung (2017): *Bevölkerungsbefragung zur Stadtentwicklung 2016. Soziale Entwicklungen und Lebenssituation der Münchner Bürgerinnen und Bürger - Langfassung - im Auftrag der Landeshauptstadt München*. München.
- Krimmel, I. (1997): Die Beteiligung an Wahlen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems, in: Gabriel, O.W. (Hg.): *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich, S. 353-376.

- Krüger, T. (2016): Aufklärung und Bildung! Prägekraft der Reformation für Religion, Kultur und Gesellschaft im Kontext der politischen Bildungsarbeit (15.09.2016, Tutzing). Grußwort auf der Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing vom 15. bis 17. September 2016 „Religion – Kultur – Gesellschaft. Wie viel prägende Kraft steckt (noch) in der Reformation?“
<http://www.bpb.de/presse/234397/aufklaerung-und-bildung-praegekraft-der-reformation-fuer-religion-kultur-und-gesellschaft-im-kontext-der-politischen-bildungsarbeit-15-09-2016-tutzing>; Zugriff: 22.02.2018
- Lijphart, A. (1997): Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma, in: *American Political Science Review*, Vol. 91, S. 1-14.
- Lipset, S.M. und S. Rokkan (1967): Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction, in: dies. (Hg.): *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York, London: Collier-Macmillan, S. 1-64.
- Naurin, E. und H.E. Oscarsson (2017): When and Why Are Voters Correct in Their Evaluations of Specific Government Performance?, in: *Political Studies*, S. 1-17.
- Partheymüller, J. und R. Schmitt-Beck (2012): A „Social Logic“ of Demobilization: The Influence of Political Discussants on Electoral Participation at the 2009 German Federal Election, in: *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, Vol. 22, S. 457-478.
- Rattinger, H. und J. Krämer (1995): Wahlnorm und Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Kausalanalyse, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 36. Jg., S. 267-285.
- Roth, D. (2008): *Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Schäfer, A., Vehrkamp, R. und J.F. Gagné (2013): *Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
- Schoen, H. (2014b): Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung, in: Falter, J. und H. Schoen (Hg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: Springer, S. 169-239.
- Schoen, H. und C. Weins (2014): Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten, in: Falter, J. und H. Schoen (Hg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: Springer, S. 241-329.
- Shin, D.C. und D.M. Johnson (1978): Avowed happiness as an overall assessment of the quality of life, in: *Social Indicators Research*, Vol. 5, S. 475-492.
- Stock, M. (2013): Die Zukunft der Bürgerbeteiligung - Herausforderungen und Perspektiven, in: *UMID: Umwelt und Mensch – Informationsdienst*, Nr. 2/2013, S. 15-20.
- Timpone, R.J. (1998): Ties that Bind. Measurement, Demographics, and Social Connectedness, in: *Political Behavior*, Vol. 20, S. 53-77.
- Vehrkamp, R. (2015): *Politische Ungleichheit – neue Schätzungen zeigen die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung*. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung. (Einwurf Ausgabe 2/2015).
- Verba, S.; Nie, N.H. und J. Kim (1978): *Participation and Political Equality. A Seven-Nation Comparison*. New York: Cambridge University Press.
- Vetter, A. und U. Remer-Bollow (2017): Nichtwähler und der Rückgang der Wahlbeteiligung, in: dies.: *Bürger und Beteiligung in der Demokratie*. Wiesbaden: Springer, S. 203-222.
- Vreese, C.H. de und H. Boomgarden (2006): News, Political Knowledge, and Participation: The Differential Effects of News Media Exposure on Political Knowledge and Participation, in: *Acta Politica*, Vol. 41, S. 317-341.

Zuckerman, A.S. (2007): The Social Logic of Political Choice: Picking a Political Party in the Context of Immediate Social Circles, in: Politische Vierteljahresschrift, Vol. 48, S. 633-649.